

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkbätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 1/2, durch die Post und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich 1.00, halbjährlich 1.80, pro Woche 25 Pf. Postzeitungskarte Nr. 7748.

Expeditionsgebühren: Bestellscheine für die ständige Postzeitung über einen Monat 50 Pfennige, für Bestellscheine über drei Monate 1.00, für sechs Monate 1.50, für ein Jahr 2.00. Bestellscheine für die ständige Postzeitung müssen bis Sonntag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 224.

Sonntag, den 24. September 1898.

9. Jahrgang.

## Politische Uebersicht.

### Zu den Landtagswahlen.

p. h. Die Gegner der Beteiligung der Sozialdemokratie an den preussischen Landtagswahlen suchen es vielfach so hinzustellen, als ob selbst eine regere Beteiligung der Bevölkerung nicht viel an der Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses ändern könnte. Den Beweis für diese Behauptung zu erbringen, dürfte ihnen schwer fallen, denn wenn auch die amtliche Wahlstatistik für Preußen eine recht mangelhafte ist, so geht doch aus den bisherigen Veröffentlichungen so viel zur Genüge hervor, daß je größer der Prozentsatz der Wählenden, um so oppositioneller das Abgeordnetenhause zusammengefaßt war, und umgekehrt.

Lassen wir zunächst für diejenigen Jahre, für welche amtliches Material vorhanden ist, die entsprechenden Differenzen:

Im Jahre	in der 1. Kl.	in der 2. Kl.	in der 3. Kl.	insgesamt
1849	55,4 pCt.	44,7 pCt.	28,6 pCt.	31,9 pCt.
1855	39,6	27,2	12,7	16,1
1858	50,2	37,1	18,5	22,6
1861	55,8	42,4	23,0	27,2
1862	51,0	48,0	30,5	34,3
1863	57,0	44,0	27,3	30,9
1866	60,4	47,5	27,6	30,4
1893	48,1	32,0	15,2	18,4

Hieraus ergibt sich zunächst, daß die Wahlbeteiligung im Allgemeinen eine äußerst geringe gewesen ist. Selbst das Jahr 1862 mit seinen 34,3 Prozent bleibt noch weit zurück hinter dem Jahre der geringsten Beteiligung an den Reichstagswahlen, dem Jahre 1871, wo doch immerhin etwas mehr als die Hälfte aller eingeschriebenen Wähler, 51,8 Prozent, an der Wahl teilnahmen.

Die Gründe für diese schwache Wahlbeteiligung liegen einmal an dem komplizierten Wahlsystem, sodann aber — und das ist für unsere Betrachtung die Hauptsache — an den besonderen politischen Verhältnissen der einzelnen Jahre. Wenn keine das Volk besonders bewegende Fragen zur Erörterung standen, war die Beteiligung naturgemäß eine schwache. Den Vortheil davon hatte jedes Mal die Reaktion. So ging aus den Wahlen des Jahres 1855, wo die Beteiligung am schwächsten war, die sogenannte Landratskammer hervor, und eine ähnliche Zusammensetzung zeigt ja auch das jetzige Abgeordnetenhause, an dessen Wahl sich prozentual nicht viel mehr beteiligten, als im Jahre 1855.

Das Bild des Abgeordnetenhauses von 1855 änderte sich mit einem Schlage, als im Jahre 1858 die Wahlbeteiligung eine stärkere wurde. An den bisherigen Wahlen, mit Ausnahme der des Jahres 1849, hatten sich die Demokraten, ihrem in Köthen gefaßten Beschlusse entsprechend, nicht beteiligt, weil sie mit dem der Kammer aufstrotzten, noch jetzt geltenden, verfassungswidrigen Wahlgesetz nicht einverstanden waren. Sie gaben sich dem naiven Glauben hin, wenn die Mehrheit des Volkes durch Stimmhaltung gegen dieses Wahlgesetz protestieren würde, sei zu hoffen, daß dasselbe aufgehoben und das alte Wahlgesetz wieder eingeführt würde. Als sie endlich im Jahre 1858 zu der Einsicht kamen, daß die Wahlenthaltung der schwächste Protest sei, und sich wieder an den Wahlen beteiligten, gelang es ihnen sofort, die konservative Mehrheit zu schlagen. Die Konservativen schmolzen von 240 auf 60 zusammen, die Liberalen stiegen von 57 auf 210.

## Die Fürsten der Börse.

Roman von Wassily Nemjrowski: Dantschenlo.

Historische Uebersetzung aus dem Russischen von Dr. A. Marlow und A. Stein (Kladbrud verbunden.)

„Sehen Sie, liebe Dominika, auch den Augen ist diese neue Beleuchtung sehr zuträglich, und — denken Sie sich nur! — Diejenigen, die die üble Gewohnheit haben, sich zu schminken, werden sofort von dem bösen Lichte vertrieben; die Unglücklichen erscheinen dann gleichsam maskirt!“ —

Lafjana Borisowna hatte sich selbst wohlweislich heute nur mit Puder begnügt, während das Gesicht der Frau v. Busch in der That larvenartig aussah.

„Aber, meine Liebe, was ist Ihnen? Ist Ihnen nicht wohl? Sie sind so roth!“ Mit diesen Worten leckte Frau Eghernomorzow absichtlich die Aufmerksamkeit der Damen auf die merkwürdige Gesichtsmalerei der armen Dominika.

Diese wollte in die Erde sinken. — „Apropos! Haben Sie schon die heutige Nummer des Journal de St. Petersburg gelesen?“

Frau v. Busch erröthete und erbleichte abwechselnd. Was sollte das? Noch ein neuer Schlag, eine neue Demüthigung für sie?

Die Redaktion warnt vor einer Französin, die sich für eine berühmte Orientreisende ausgibt, aber nur den Namen mit jener Verähnlichkeit geteilt hat, Sie mußte aus Paris Schaden halber entfliehen, spielte sodann in Shanghai eine sehr traurige Rolle und versuchte jetzt, die Russen zu täuschen und zu betrügen. — Aber wie ist mir denn? Hielt nicht kürzlich eine Dame diesen Namens bei Ihnen eine Vorlesung?“

„Dominika schloß, wie der Boden unter ihren Füßen schwand, wie sich Alles um sie drehte. Doch nur einen Augenblick. Schon richtete sie sich wieder fest auf und blickte

Noch günstiger für die Opposition fielen die Wahlen des Jahres 1861 mit einer Beteiligung von 27,2 Prozent aus und als dieses Haus ohne zwingenden Grund aufgelöst wurde, als die Konfliktzeit hereinbrach und die Wahlen unter der Parole stattfanden: „Königliches Regiment oder parlamentarische Regierung?“, da erlitt die Regierung eine so schwere Niederlage wie nie zuvor. Von den neu gewählten Abgeordneten gehörten nur 12 der konservativen Partei an, 32 der katholischen und 24 der konstitutionellen Fraktion. Das linke Zentrum und die Fortschrittspartei verfügten zusammen über 242 Sitze, abgesehen von den 19 Mitgliedern des freien parlamentarischen Vereins und den 23 Polen. Auch dieses Haus verfiel der Auflösung, aber die Regierung zog sich durch die neuen Wahlen nur eine noch schwierigere Niederlage zu, denn nun gelang es dem linken Zentrum und der Fortschrittspartei, zusammen 253 Mandate zu erwerben.

Wir sehen also, daß die Reaktion ihre jetzigen Erfolge in erster Linie denjenigen zu verdanken hat, die, die Bedeutung des preussischen Landtages verkennend, dieses Parlament ohne Widerstand den ärgsten Feinden des Volkes auslieferten. Allerdings ist die politische Lage heute eine andere, als in der Konfliktzeit. Die Militärfragen, die damals wie heute die Bevölkerung lebhaft interessieren, werden heute zu Tage nicht mehr im Landtage, sondern im Reichstage geäußert, aber dem Landtage sind noch genug Punkte zur Erledigung überwiesen, die für das Volk von eben solcher Bedeutung sind, wie Gesetzes- und Flottenvorlagen.

Oder ist etwa das Vereinswesen, ist das Volksschulwesen, sind die Arbeiterfragen, die im Landtage ihre Erörterung finden, von untergeordneter Bedeutung? Nur diejenigen, die es für nebensächlich halten, ob das geringe Vereinsrecht, das das Volk noch besitzt, ihm genommen wird, nur diejenigen, die es für kein Unglück erachten, wenn die Volksschule einer konservativ-kerikalen Mehrheit ausgeliefert wird und gänzlich verkümmert, nur diejenigen, denen es gleichgültig ist, ob die Tausende von Staatsarbeitern und unteren Beamten auch weiterhin in der bisherigen Weise ausgebeutet werden, können heute noch von einer Beteiligung an den Landtagswahlen absehen.

Wir dürfen nicht vergessen, daß, sobald die Sozialdemokratie sich an den Wahlen beteiligt, auch das liberale Bürgerthum aus seiner Unthätigkeit, der es sich in den letzten Jahren hingegeben hat, gerissen wird und den Wahlen wieder ein lebhafteres Interesse entgegenbringt. Sobald aber die Wahlbeteiligung wächst, wird, den bisherigen Erfahrungen entsprechend, auch die Reaktion, wenn nicht völlig gestürzt, so doch erheblich geschwächt werden.

Aber selbst, wenn diese Hoffnung trägt, selbst wenn trotz regerer Wahlbeteiligung die Zusammensetzung des Hauses dieselbe bleibt, wie bisher, haben wir doch kein Recht, die Hände in den Schooß zu legen und unthätig zuzusehen, wie die heiligsten Güter der Nation dem preussischen Junkerthum überlassen werden. Wir müssen Alles versuchen, die Macht des Junkerthums zu brechen. Gelingt uns das trotz aller Anstrengungen nicht, so bleibt uns wenigstens der eine Trost, daß wir nichts unverzucht gelassen haben, um den Ansturm der Junker und Junkerengenossen abzuwehren. Anderenfalls dürfte uns der Vorwurf, indirekt durch unsere Unthätigkeit der Reaktion ihren Sieg erleichtert zu haben, nicht erspart bleiben.

Sprecherin einen wüthenden Blick zuwerfend, sagte sie, ohne auf die Frage einzugehen, hochhaft:

„Das Licht des Herrn Travin ist aber doch nicht etwas Neues mehr!“

„Nichts Neues? Inwiefern?“

„Nun, dies Licht ist ja doch von Jablotschkow, von Siemens und Bobygin . . . vorerfunden worden!“

„Ach, meine liebe Freundin, wie ungenau sind Sie doch in dieser Beziehung unterrichtet. Ich will Ihnen eine Probe des Probroschenski schenken, die er direkt über dieses vollständig eigenartige Licht geschrieben hat. Der geistreiche Schriftsteller ist übrigens persönlich hier. Sie hörten doch schon, daß wir von Neujahr an eine Zeitung herausgeben?“

„Eine Zeitung?“ Frau v. Busch war wieder sehr kleinlaut geworden.

„Gewiß! Wir sind ein ganzes Consortium. Stolsch-nikow, mein Mann, Probroschenski und so weiter. Doch, entschuldigen Sie die Abschweifung — Sehen Sie, das Travin'sche Licht unterscheidet sich wesentlich von dem bisher erfindenen; es faßt nicht, es hat nicht jene Milchsäure Jablotschkows, es brennt gleichmäßiger und dem Tageslicht ähnlicher, und vor Allem, was die Hauptsache ist, es ist dreimal billiger. — Und wie einfach ist die Einrichtung! Sehen Sie, ich brühe nur diesen Knopf und . . .“

Hinter Dominika leuchtete ein weißer Ball auf, so intensiv, als ob er den Unterschied zwischen den eigenen und den falschen Haaren der Frau von Busch aller Welt zeigen wollte.

„Ja, jetzt verstehe ich, — verstehe ich Alles,“ rief Dominika, sich zu einem Schloß zwingend, das aber vielmehr einer Grimasse ähnlich war. —

Travin schloß sich auf der Höhe seines Rahmens. Zwei waren die Hauptstücke an seinen großen Händen an einigen Stellen aufgesprungen und die Schnur an seinen Fingern zu

## Zur Fleischvertheuerung.

In welchem Umfange die Grenzsperrung gegen Schweine ausgeübt wird, ergibt sich aus der Erklärung des vortragenden Mitglieds im landwirthschaftlichen Ministerium R. A. R. in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 27. April 1898:

Wende ich mich nun zu den Schweinen, so kann ich mich ba kürzer fassen. Die Grenzen sind gegen Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien, Holland, England, Schweden, Dänemark und Nordamerika vollkommen gesperrt. Der einzige Punkt, an dem Schweine hereingelassen werden, ist Sosnowice an der russischen Grenze, wo für die vier Schlachthäuser des Industriebezirks 70,000 Stück jährlich eingeführt werden dürfen. Einen anderen Import von Schweinen haben wir nicht mehr.

In Folge dieser hier gekennzeichneten Grenzsperrung hat sich die Schweine-Einfuhr in Deutschland in den ersten sieben Monaten 1898 auf 42,921 Stück beschränkt, darunter 40,921 aus Rußland. Im Monat Juli für sich wurden eingeführt 5370 Schweine aus Rußland, 20 aus Frankreich und 11 aus Oesterreich-Ungarn. Diese Ziffern umfassen diejenige Schweine-Einfuhr, die für die vier Schlachthäuser des Industriebezirks Doppeln an der russischen Grenze über Sosnowice zugelassen wird. Das Jahreskontingent von 70,000 Stück kommt gleich einer Wochen-einfuhr von 1350 Schweinen.

Wie sehr durch diese Sperrmaßregeln die Schweine-Einfuhr aus dem Ausland fortgesetzt vermindert worden ist, ergibt sich aus den nachfolgenden Zahlen. Während in den ersten sieben Monaten 1898 42,921 Stück eingeführt wurden, sind im Jahre 1897 80,826, 1896 108,091, 1895 345,594, 1894 710,128, 1893 800,852, 1892 861,253 Schweine eingeführt worden. Im Jahre 1892 betrug also die Schweine-Einfuhr noch das Zehnfache der jetzigen Einfuhr. Während jetzt die Schweine-Einfuhr sich auf die genannte Einfuhr aus Rußland beschränkt, sind 1893 401,874 Schweine aus Oesterreich-Ungarn eingeführt worden, 116,420 aus Frankreich, 110,850 aus den Niederlanden, 44,649 aus Dänemark u. s. w. Die Einfuhr aus allen diesen Ländern hat ganz aufgehört.

So sorgt die Regierung für die nothleidenden Agrarier!

## Der Kampf um das Koalitionsrecht.

Zu einer von Arbeitern aus den Hirsch-Dunker'schen Gewerksvereinen veranstalteten Protest-Versammlung in Oberbill bei Düsseldorf wurde eine scharfe Resolution gegen das drohende Zuchtgesetz angenommen.

## Die schwarzen Listen

sollen ausgebaut werden. Wie der „Vorwärts“ aus guter Quelle erfährt, liegt es in der Absicht des Verbandes der deutschen Metallindustriellen, die Art der Arbeitsvermittlung, wie sie vom Berliner Verbands gethätigt wird, zu verallgemeinern und auf andere Städte zu übertragen. Wo noch keine Arbeitsnachweise bestehen, sollen in nächster Zeit solche eingeführt werden. Dadurch wird dann zunächst für die Metallindustrie die Möglichkeit geschaffen, daß die Unternehmer „fleißigen und tüchtigen Arbeitern vor weniger wünschenswerthen oder untüchtigen Elementen den Vorzug geben könnten“. Die Frucht der Leipziger Unternehmer-Konferenz leimt also rasch zu praktischem Vorgehen. Die weniger wünschenswerthen und untüchtigen Elemente, die nach Ansicht der Unternehmer durch die gewerkschaftlich und politisch thätigen Arbeiter repräsentirt werden, sollen durch ganz

groß und un schön, weil die Fäße eben selbst eine zu beachtliche Länge hatten, doch im Ganzen war der Eindruck seines äußeren Menschen ein ziemlich guter. Er ging auf jeden zu, freute sich wie ein Kind und drückte jedem die Hand.

„Ich bin glücklich, überglücklich!“ wiederholte er ein Mal über das andere.

„Nun, wie geht es Deinem Vater?“ fragte Xenia ihre Freundin Nabja.

Dieser traten die Thränen in die Augen.

„Mein armer Vater! Er leidet entsetzlich! Du weißt doch, da ist an der Stargoroder Bahn ein Zug verunglückt.“

„Aber Dein Vater ist daran doch nicht schuld?“

„Man beschuldigt ihn auch nicht, aber, was weiß ich? Er wollte Stargoroder Aktien an der Börse verkaufen, und nun ist das unmöglich. Ich verstehe ja nichts davon, nur soviel weiß ich, daß sich mein unglücklicher Vater abhört und quält, so daß er krank wird. Zwei Nächte hat er schon nicht geschlafen und sagt bloß immer: „Da ist er der Zufall Semjen's, da ist er, der Zufall!“

Heute nun legte er sich zu Bett. Ich wollte bei ihm bleiben, doch er gab es nicht zu und verlangte, daß ich ausgehen sollte. „Nun müße mich wenigstens in der Gesellschaft sehen; ich solle den Leuten sagen, daß er zu thun habe!“ — „Bergiß nicht, Nabja, daß Du für jeden Fall an mir eine treue Freundin hast!“

Nabja drückte der Freundin warm die Hand.

„Nun, und wie steht es mit Dir?“

„Morgen mache ich Visite beim Intendanten, und Nachmittags ist Bühnenprobe.“

„Nun geht also gut! Ich wünsche Dir recht viel Glück!“ —

Seeben war Alexandro Jabrowskoma angekommen und ging nun auf Xenia zu.



Deutschland verfehmt und geächtet werden. Wird nun für die Unternehmer, die auf solche systematische Weise Hunderte von Arbeitern brotlos zu machen sich anschicken, auch das Zucht-

Millitärliches.

In Bismarck bei Hagenau erschoss sich ein Artillerist von der 2. Batterie der dort in Garnison liegenden reitenden Abteilung, während er vor dem Pulvermagazin auf Posten stand, mit seinem Dienstrevolver.

Der Bundesrath nimmt in diesen Tagen seine Ausschussungen wieder auf. Das Plenum wird erst im Oktober die erste Sitzung nach den Sommerferien abhalten.

Ausland.

Die Dreifus-Angelegenheit.

Oberst Picquart ist, wie bereits gemeldet, am Donnerstag nach ins Militärgefängnis gebracht worden. Wie ein Volkssches Telegramm meldet, wird Picquart in freigelegtem Gewächshaus gehalten, seinem Verteidiger Labori wurde erklärt, daß er seinen Klienten vor Monatsfrist nicht werden sehen können; sämtliche an Picquart gerichtete Briefe wurden zurückgehalten.

Die Generalstabspresse feiert ihren zweiten großen Sieg, die Entfesselung Picquarts, mit Jubel. „Gaulois“ schreibt: „General Chanoin wird Gegenstand der heftigsten Angriffe sein; wir bieten ihm unsere lebhaftesten Glückwünsche dar.“

erhalten, und „Gaulois“ macht dieselbe Unterstellung, ohne eine Ziffer anzugeben.

Die Verteidiger des Rechts sind sich der Bedeutung der neuen Vorgänge vollbewußt. Manc schreibt im „Rabical“: „General Jurinden hat einen militärischen Staatsstreich ausgeführt.“

Der „Matin“, der sich über die Vorgänge der letzten Wochen gut unterrichtet gezeigt hat, behauptet, über den Inhalt des der Kommission vorgelegten Aktenbündels folgende Mittheilungen machen zu können:

Sehen wir es sofort: Dreifus wird in keinem einzigen Aktenstück genannt, die zu seinem Prozeß gehören, oder die später gegen ihn gebildet wurden. Es ist kein Beweis oder Anfang eines Beweises von irgend einer rechtlichen Bedeutung vor den Richtern von 1894 gemacht worden.

Neues aus dem Chinesenreiche.

Am chinesischen Hof in Peking haben sich diese Tage bemerkenswerthe Dinge zugetragen. Aus den Meldungen englischer Blätter geht hervor, daß der Kaiser in einer Ermanlung von Schwäche, vielleicht weil er sich die Durchführung der Reformen großen Stills nicht zutraute, sich seines Einflusses auf die Regierung völlig begeben und die Regierungsgewalt in die Hände seiner Adoptivmutter zurückgegeben hat.

Das Peking meldet „Reuters Bureau“ vom Donnerstag: Ein heute erlassenes kaiserliches Edict gibt endgültig an, daß der Kaiser die Regierungsgewalt an die Kaiserin-Wittve übertragen hat, welche die Kaiserin erweist, die amtlichen Befehle künftig ihr eigenhändig zu unterschreiben.

„Reuters Bureau“ meldet ferner gerüchtweise vom Donnerstag, daß der Kaiser gestorben sei. Einzelheiten fehlen. Es verlautete, die Thron von Peking seien geschlossen. Damit in Widerspruch steht eine „Times“-meldung aus Peking vom 22. d. M., ein kaiserliches Dekret verkünde, daß sich der Kaiser und alle hohen Beamten am Freitag zur Kaiserin-Wittve begeben würden, um ihr durch Kuleschall ihre Guldbigung zu erweisen.

Unzweifelhaft bedeutet die Wiederübernahme der Regentschaft durch die Kaiserin-Wittve eine Stärkung des russischen Einflusses und eine schwere Niederlage der Engländer, denen in letzter Zeit mancherlei diplomatische Erfolge in Peking geglückt waren.

Zugleich mit den alarmierenden Nachrichten aus Peking veröffentlicht der „Globe“ den Inhalt des sogenannten „Cassini-Vertrages“ zwischen China und Rußland. Der chinesische Gesandte in Petersburg Hsu habe auf Grund einer geheimen Abmachung, die am 27. März in Peking unterzeichnet wurde, in Petersburg ein Abkommen abgeschlossen, wodurch Port Arthur und Talienwan definitiv an Rußland abgetreten werden, wobei bestimmt ist, daß nur russische und chinesische Kriegsschiffe das Recht haben, in Port Arthur einzulaulen.

Die Verhaftungen in Rußland.

Wie dem „Vorwärts“ mitgeteilt wird, haben gleichzeitig mit den Verhaftungen in Westrußland auch zahlreiche Verhaftungen in Petersburg stattgefunden und zwar sowohl unter der Intelligenz (Studenten, Aerzten, Ingenieuren), wie auch unter den Arbeitern. Trotz der großen Verluste, welche die russische Sozialdemokratie erlitten hat, können wir bereits schon jetzt feststellen, daß die russische Arbeiterbewegung auch diese neue Feuerprobe glänzend überstanden hat.

Dann wird die russische Regierung zur Einsicht kommen, daß derartige Maßnahmen die Bewegung nicht vernichten können und nur unnützerweise einem gewaltigen Beamtenapparat Arbeit schaffen und eine Reihe von Leuten ins Unglück stürzen?

Der österreichische Schlenkrian

wird einmal wieder trefflich beleuchtet. Vor fast zwei Jahren (und im damals noch wenig entwickelten Neuzustand) setzte über die Regulierung der Beamtengehälter beschlossen worden. Aber die Beamten haben also fast zwei Jahre warten müssen, bevor ihnen das wird, was Regierung und Volksvertretung als absolute Nothwendigkeit erkannt hatten.

Die preussischen Landtagswahlen.

Der national-liberale Landtagswahlaufruf bemerkt es richtig, auch nur ein Wort über die Wahlaktiviät zu sagen, weil die Wahlergebnisse und Resultate in den einzelnen Wahlkreisen nicht geklärt werden, der Rathhandel mit den Parteien der Parteien wie der Vorkriegszeit keinen Abbruch leiden soll.

„Darf man gratuliren?“ „Dank!“ „Man sagt mir, Sie hätten schon Schicksal in der großen Welt zu verzeichnen! Im Leben ist wirklich ein Roman, in ein wahres Märchen, ja wie in dem Kindermärchen, wie heißt es doch gleich? — Aus der Hütte des Holzhauers in den Palast des Millionärs“, nicht wahr?“

„Warum hatte er die Klauen nicht vorher geklaut?“ — „Das ist es, was die Klauen vorher geklaut haben, während der Fahrt.“ — „Ja, das ist es, was die Klauen geklaut haben, während der Fahrt.“

XVIII.

Die Tochter soll dem Vater nicht Richter sein! Die ganze Nacht verbrachte ich schlaflos über diesen Gedanken. Er war also wirklich eingetrieben, dieser Gedanke, von dem ich kein Wort gehört habe.



Entscheidungen der Wahlkraft zum größten Teil den Wahlkreisen anheimgegeben. Eine scharfe Stellungnahme ist eigentlich nur gegen den Ultramontanismus, den „Erb- und Erbteil“ erfolgt, und dem entspricht auch die Antwort aus dem Reichstag.

Die freisinnigen Wahlaufsätze dagegen hüten sich, die Schulfrage anzuschneiden, während der bekannte Wahlprogrammvorschlagn der Frankfurter Zeitung die Schulfrage als Programmpunkt scharf hervorhob. Richter und Richter wollen das Centrum, das die konfessionelle Schule will, nicht vor den Kopf stoßen, und so blüht auch hier die hohe Politik des süßen Handels.

**Ueber die „Gewissenlosigkeit der Sozialdemokratie“**  
sich aufzuregen, glaubt der nationalliberale „Hann. Courier“ einmal wieder Gelegenheit zu haben. Er schreibt:

„Nach dem Beispiel der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ macht der „Vorwärts“ für die Beteiligung der Sozialdemokraten an den preussischen Landtagswahlen dadurch Stimmung, daß er angibt: wenn der Reichstag in der Beschänkung des Koalitionsrechts nicht willigt, so würde der preussische Landtag ein entsprechendes Gesetz beschließen. Der „Vorwärts“ weiß natürlich ebenso gut wie die „Sächsischen Arbeiterzeitung“, daß derartige Landesgesetze vollständig wirkungslos und ungültig bleiben, so lange § 152 der Reichsgewerbeordnung nicht durch Reichsgesetz aufgehoben ist. Wenn er trotzdem seinen Lesern solchen Schwundel vormacht, so ist das für die Gewissenlosigkeit der sozialdemokratischen Agitation wieder einmal Beleg genug.“

Der Schwundel und die Gewissenlosigkeit sind hier vollständig auf der Seite des nationalliberalen Partes. Es möge sich nur einmal genau ansehen, was diesbezüglich der nationalliberale Wahlaufsatz sagt: „Die wirtschaftlichen Interessengruppen suchen mit ihren Forderungen in den Einzelstaaten durchzudringen, wenn sie im Reich abgewiesen sind.“

Daß starke wirtschaftliche Interessengruppen in der Vernichtung des Koalitionsrechtes das Ziel ihrer Sehnsucht sehen, ist ja notorisch. Und daß sie den Angriff auf das Koalitionsrecht in Preußen schon versucht haben und zwar durch die Vereinsgesetz-Novelle, ist ebenfalls bekannt. Mit der Beschänkung des Koalitionsrechtes der Reichsgewerbeordnung, die in Sachsen eingeführt ist und die in Preußen auch die Nationalliberalen der Koalitionsfreiheit gepriesen, ohne daß der § 152 der Gewerbeordnung aufgehoben wäre. Unsere Parteipresse ist also im Recht, wenn sie darauf hinweist, daß dem Koalitionsrecht vom preussischen Landtage Gefahr droht. Gewissenlosigkeit und Schwundel ist auf Seite Derer, die das zu leugnen sich erlauben.

### Bericht des Partei-Vorstandes an den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1898 zu Stuttgart.

(Fortsetzung.)

Neben den allgemeinen Reichstagswahlen hatte unsere Partei noch einige Wahlkämpfe zum Reichstag durchzuführen, wobei es sich um Erntewahlen handelte. Wenige Tage nach Schluß des vorjährigen Parteitages überraschte uns die Trauerbotschaft von dem plötzlichen Tode unseres unergieblichen Genossen Karl Grillenberger. Ein Herzleid, das dem äußerlich so robust und gesundem Scheinenden die letzten Jahre seines Lebens schon viel zu schaffen gemacht hatte, raffte ihn mitten aus seiner Tätigkeit für die Arbeiterschaft und für unsere Partei dahin. Die Partei hat durch seinen Tod einen tiefschmerzlichen Verlust erlitten.

Den Nürnberg Genossen fiel, nachdem sie das Andenken ihres bisherigen Vertreters im Reichstag und Landtag in würdiger und großartiger Weise gefeiert hatten, die Aufgabe zu, für Ersatz zu sorgen. Dabei waren besonders für die Landtagswahlen große Schwierigkeiten zu überwinden. Nach bayerischem Landtagswahlrecht bleiben die Wahlmänner während der ganzen Dauer der Legislaturperiode im Amt. Eine große Anzahl unserer Wahlmänner war aber seit der letzten Landtagswahl verstorben, viele von ihnen sogar genötigt gewesen, um ihrer Posten willen, nach Auswärts zu ziehen. Diese Genossen am Wahltag zur Stelle zu bringen, hat unendliche Mühen und auch erhebliche Kosten verursacht. Diese und viele andere Schwierigkeiten wurden aber überwunden und bei der Neuwahl der sozialdemokratischen Kandidat, Genosse Segitz, glänzend gewählt. Dasselbe war der Fall bei der kurz darauf folgenden Erntewahl zum Reichstag, bei der die Zahl der Stimmen für unsere Partei von über 18,000 auf über 20,000 stieg.

Somit beteiligte sich unsere Partei im letzten Jahre an den Reichstagswahlen in der Westpreignitz, wo durch Hilfe unserer Wähler bei der Nachwahl der Freisinnigen den Konservativen den Kreis abnahm, im IX. schleswig-holsteinischen Wahlkreise und in Homburg-Kusel (Rheinpfalz) und dem fünften oberpfälzischen Wahlkreise.

Die Landtagswahlen im letzten Berichtsjahr haben insofern einen schlechten Anfang genommen, als der von den sächsischen Reaktionsären durchgeführte Gewaltstreik — Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts und Ersatz desselben durch eine Nachwahl des preussischen Dreiklassen-Wahlrechts — den gewöhnlichen Erfolg gehabt hat. Von den sämtlichen Abgeordneten unserer Partei, deren Mandate abgelaufen waren, ist keiner wiedergewählt worden. Nur in einem einzigen Wahlkreise — es fehlten uns hier nur wenige Stimmen an der Majorität, da unsere Genossen mehrfach in der zweiten Klasse und an ein Paar Bezirken sogar in der ersten Klasse gesetzt hatten — wäre die Möglichkeit der Wahl unseres Abgeordneten gegeben gewesen, wenn unsere Genossen sich hätten entschließen können, mit den Antisemiten ein Kompromiß einzugehen. Letzteres geschah selbstverständlich nicht und so schieden sämtliche zur Wahl habende Abgeordnete aus dem Landtage aus. So gerade der letzte Vorgang, der zeigt, daß bei der Stärke unserer Partei in Sachsen es keineswegs ausgeschlossen ist, daß unsere Genossen an einen oder anderen Kreis selbst unterm Dreiklassen-Wahlrecht zu erobern vermögen, nicht Anlaß sein soll, die Genossen jener Bezirke, welche sich bei der letzten Wahl von derselben fern hielten, obwohl gerade in ihren Bezirken unsere Partei selbst für künftige Verhältnisse ungenügend stark vertreten ist, sich in Zukunft doch an der Wahl zu beteiligen, das wird eine Frage sein, die auf den sächsischen Parteitagen wohl noch wiederholt zur Erörterung kommen wird. Daß agitatorisch die Landtagswahlen von unseren Genossen in nachlässiger Weise und mit bestem Erfolge ausgenutzt wurden, dürfte beweisen, daß selbst wenn direkte Erfolge noch nicht erzielt werden können, die Beteiligung doch eine große praktische Bedeutung für unsere Bewegung hat.

In anderen deutschen Staaten hat unser Eingreifen bei den Landtagswahlen direkte Erfolge für unsere Partei gehabt. Es sind unsere alten Abgeordneten, wo ihre Mandate abgelaufen waren, wieder gewählt und neue Mandate dazu ersetzt worden in Baden, Meiningen, Weimar und Altendurg. In Württemberg hatte unsere Partei bei Landtags- und Erntewahlen einen erheblichen Stimmenzuwachs aufzuweisen. Der Versuch unserer Hamburger Genossen, Sitze in der dortigen Bürgerschaft zu erobern, ist auch im letzten Jahre gemacht worden, leider aber ohne Erfolg. Die Beteiligung unserer Genossen an den Gemeindevahlen wächst von Jahr zu Jahr und zählen die Gemeinden, in deren Vertretung auch Sozialdemokraten sitzen, nach Hunderten. Im letzten Jahre haben sich, um nur einige größere Orte zu nennen, unsere Genossen mit Erfolg an den Gemeindevahlen beteiligt in: Arnstedt, Berlin, Bielefeld, Brandenburg, Bremerhaven, Chemnitz, Grimmschou, Glindeborn, Gera, Gochsheim, Ludwigsfelde, Müritzen, Spandau, Stuttgart u. a. D.

Dieses Erfolge, wie in früheren Jahren, haben die organisierten Arbeiter auch im letzten Jahre wieder bei den Gewerbevereinswahlen erzielt. Obwohl sie sich häufig einer sehr gemäßigten Forderung von katholischen Arbeitern und protestantischen Jünglingsvereinen, Christlich-Sozialen und Hirsch-Dunkerianern gegenüber setzen, bleibt doch der Sieg fast immer den Abhängigen oder Organisationen tren, die auf dem Boden der Klassenbewegung der Arbeiterschaft

stehen. Diese fortschreitenden Siege unserer Genossen haben auch im letzten Jahre wieder vielfach den Anlaß dazu geben müssen, das Institut der Gewerbevereine in der gefährlichsten Weise anzugreifen und auf deren „Reform“, d. h. die Beseitigung der direkten Wahl der Mitglieder durch ihre Berufsgenossen, zu bringen. Aber gerade aus den Reihen der unparteilichen Gerichtsverordnungen selbst sind den Verfassern und Speziali auch den Arbeiterbewegungen Verteidiger entstanden, die konstatieren, daß dieselben mit verschwindenden Ausnahmen ihre Amt in würdiger und gerechter Weise ausüben und, wie es ihre Pflicht ist, den Parteimann hinter den Richter zurücktreten lassen.

Die erste Mai-Demonstration ist in diesem Jahre, vom prächtigsten Wetter begünstigt, großartig verlaufen. Die Versammlungen und Feste waren überall überfüllt und die Genossen bemüht die Massenansammlungen dazu, dem Anwesenden neben der Bedeutung der Mäifeier besonders auch die bevorstehenden Reichstagswahlen ins Gedächtnis zu rufen. Da dieses Mal der 1. Mai auf einen Sonntag fiel, so ist von den sonst üblichen Maßregelungen von Seiten der Unternehmer aus Anlaß der Mäifeier und der damit verbundenen Arbeitsruhe dieses Mal nichts zu berichten. Dagegen hat es an polizeilichen Schereereien auch heuer nicht gefehlt und besonders in einigen Bezirken Sachsens hat es Strafmandate geregnet, weil als Sozialdemokraten bekannte Arbeiter sich erlaubt hätten, am Sonntag, 1. Mai, mit ihren Familien und Freunden irgend ein Vergnügungsort aufzusuchen. Mehrere Amstuhauptmannschaften hatten nämlich für den 1. Mai „Massenparadegänge“ verboten. Da aber unsere Genossen nicht nach den Treffpunkten fliegen können, so erfolgten die Strafmandate.

Der internationale Arbeiterkongress sollte nach einem Beschlusse des Londoner Kongresses im Jahre 1899 in Deutschland stattfinden. Obwohl von Anfang an Zweifel daran laut wurden, ob es möglich sei, in Deutschland einen solchen Kongress abzuhalten, wurden von Seiten des Vorstandes alle notwendigen Schritte gethan. Die Genossen mehrerer großer Parteien bewarben sich um die Ehre, die fremdländischen Delegierten der internationalen Bruderparteien in ihrem Orte begrüssen zu dürfen, und es durfte als sicher angenommen werden, daß der Kongress, soweit dies von unserer Partei abhängig gewesen wäre sich seinen Vorgängern würdig an die Seite gestellt hätte. Immer aber mußten wir uns wieder die Frage vorlegen, ob der Kongress auch ungehindert von Seiten der Behörden bleiben werde? Daß man denselben von vornherein verbieten werde, war weniger zu befürchten, als wie, daß man gegen einzelne Delegierte vorgehen und sie, wie dies auf dem internationalen Arbeiterkongress in Berlin mit einem belgischen und auf dem Breslauer Parteitag mit einem österreichischen Delegierten geschehen, ausweisen und möglicher Weise gar den einzelnen Regierungen (Rußland etc.) ausliefern werde. Diese Befürchtung wurde von fast allen Genossen, deren Meinung der Vorstand einholte, geteilt. Der Vorstand glaubte die Verantwortung, unter solchen Verhältnissen unsere Bruderparteien nach Deutschland einzuladen, nicht übernehmen zu können. Darum mußten wir den Gedanken aufgeben, den nächsten Kongress im Jahre 1899 in Deutschland abzuhalten. Wir sehen uns deshalb gezwungen, unseren französischen Brüdern die Ehre zu überlassen, denen wir nach Kräften bei den Vorbereitungen für den nun in Paris abzuhaltenden Kongress helfen werden.

Die Parteipresse hat im Laufe des letzten Jahres, soweit die Zahl der Blätter in Betracht kommt, eine Veränderung nicht erfahren. Inhaltlich und dem Umfang nach haben aber bei einer Reihe Blätter Änderungen stattgefunden, die denselben sehr zum Vortheile gereichen. Ueberhaupt haben die Genossen den früher gegebenen Rath, ihre Aufmerksamkeit mehr der Ausgestaltung und Verbesserung der bestehenden Blätter, wie der Neugründung von solchen zuzuwenden, befolgt. Mit der größeren Aufmerksamkeit, die dem Inhalt zugewendet wurde, und der reicheren Ausgestaltung der Blätter, hat vielfach eine ganz bedeutende Steigerung des Abonnements stattgefunden, wozu die rege Agitationsfähigkeit während des Wahlkampfes natürlich auch ihr gut Theil beitrug.

Es erscheinen zur Zeit politische Blätter:

wöchentlich 6 Mal	37
3	16
2	8
1	6
monatlich 1 Mal	1
	68

Außer diesen regelmäßig erscheinenden politischen Zeitungen werden von Agitationskomitees und Landesausschüssen verschiedener Provinzen in unregelmäßigen Zwischenräumen Agitationsblätter herausgegeben, die ihren bestimmten Namen tragen und mit fortlaufenden Nummern versehen sind. Diese werden gratis verteilt und die Herstellungskosten aus den Kreis- oder Provinzialkassen gedeckt.

Die wissenschaftliche Revue „Neue Zeit“, sowie die beiden Witzblätter „Der wahre Jakob“ und der „Süddeutsche Postillon“, sowie die illustrierten Unterhaltungsblätter „Neue Welt“ und „In Freien Stunden“ erscheinen in bisheriger Weise. Mit dem Steigen der Auflage der „Neuen Welt“, die als Sonntagsbeilage zu den meisten Parteiblättern beigegeben wird, ist auch das Defizit für dieselbe wieder gestiegen, so daß ernstliche Anstrengungen zu dessen Beseitigung in Aussicht genommen werden müssen. Der im Parteiverlag erscheinende „Neue Welt-Kalender“ ist auch in diesem Jahre in steigender Auflage abgesetzt worden.

In Hunderttausenden von Exemplaren wurden die Mäi- und die Märzjubiläums-Nummern abgesetzt und zwar dieses Mal ohne die sonst üblichen polizeilichen Schereereien. Entsprechend der immer mehr wachsenden gewerkschaftlichen Bewegung hat sich auch die Preise dieser Organisationen im letzten Jahre entwickelt. Zwei sind neue Blätter mit dreizehn und nur für kleinere Gewerkschaften ins Leben gerufen worden, aber die bestehenden älteren Gewerkschaftsblätter aber, das „Industrielle und Arbeiterblatt“, häufig erweitert und gestaltet sich in dem Emancipationskampfe der deutschen Arbeiterklasse zu einer immer wirksameren Waffe. (Fortsetzung folgt.)

### Partei-Angelegenheiten.

Bei der Besprechung des Seneser Attentats hatte unser Dortmunder Parteiorgan, die „Rheinisch-Westf. Arbeiterztg.“, den Ruzen und die Notwendigkeit der Prägelftrafe bei anarchistischen wie überhaupt bei politischen Verbrechen betont. Verfasser der betreffenden Ausführungen war der bisherige Reichstagsabgeordnete Dr. Vögtenau, der leitende Redakteur der „Rhein. Westf. Arbeiterztg.“ ist. Der bei einem Sozialdemokraten und ungewöhnliche Standpunkt Vögtenaus in dieser Frage hat selbstverständlich in der Partei und auch darüber hinaus in bürgerlichen Kreisen Aufsehen und lebhaften Widerspruch gefunden. Auch der Parteivorstand hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt. Das Resultat seiner Erörterung des Falles veröffentlichen wir, „Vorwärts“ im folgenden, in der Redaktion der „Rheinisch-Westf. Arbeiterztg.“ gerichtetem Schreiben des Parteivorstandes:

„In der heutigen Sitzung des Parteivorstandes nahm derselbe auch Stellung zu den Auslassungen der „Rheinisch-Westf. Arbeiterzeitung“ über die Anwendung der Prägelftrafe für anarchistische Attentäter.“

Der Vorstand kam dabei einstimmig zu dem Ergebnis, daß die bezüglichen Auslassungen der „Rheinisch-Westf. Arbeiterztg.“ im schroffsten Widerspruch zu den bisher in der Partei hoch gehaltenen Grundsätzen stehen und deshalb auf das Entschiedenste zurückzuführen sind. Die Partei hat von jeder den Standpunkt eingenommen, daß Prägelf verwerflich, bez. der sie bedamm, und dem, der sie ausübt. Von diesem Grundsatz abzugehen, dazu kann uns auch

der tiefste Abscheu vor den anarchistischen Mordthaten nicht bestimmen.

Gestützt auf den § 15 unseres Organisationsstatuts, welcher die Parteilieferung mit der Kontrolle der prinzipiellen Haltung der Partei-Organen betraut, geben wir hiermit der Redaktion von dem vorstehenden Beschlusse mit dem Ersuchen Kenntniß, den Lesern des Blattes davon Mittheilung zu machen. Mit sozialdemokratischem Grusse  
Der Parteivorstand.

**Stuttgarter Parteitag.** Da gleichzeitig mit unserem Parteitag noch drei andere Kongresse resp. Konferenzen in Stuttgart abgehalten werden, ist es nothwendig, für unsere Delegierten rechtzeitig Quartier zu belegen. Bis jetzt sind die Anmeldungen recht spärlich eingegangen. Wer darauf reflektirt, daß ihm vom Wohnungsausgleich ein Quartier gesichert wird, ist hiermit gebeten, umgehend seine Bestellung (ob Privat- oder Gasthaus-Quartier und zu welchem Preise) an die Adresse des Genossen  
J. Belli, Furtwackstraße 12, Stuttgart,  
zu richten. Ohne vorherige Bestellung wird kein Quartier vorzusehen.  
Der Wohnungsausgleich für den Parteitag  
in Stuttgart.

Zwei Arbeitersekretärstellen für Frankfurt a. M. mit je 2000 M. Gehalt sind bis 1. Januar 1899 zu belegen; die eine hauptsächlich für Auskunftsberthellung, die zweite für die Leitung des Gewerkschaftsartells und gewerkschaftliche Agitation. Bewerbungen mit kurzem Lebenslauf sind bis längstens 1. Oktober an Hans Elbert, Bildhauer, Sanauerlandstraße 70, Frankfurt zu richten.

Die Sozialdemokratie und das Seneser Attentat, so lautete das Thema, worüber am Montag Abend in einer großen Volksversammlung in Zürich die Genossen Brandt und Greulich referirten. Beide verurtheilten das Attentat als eine ruchlose That aufs Schärfste und Brandt führte lobend die wissenschaftliche Auffassung der Sozialdemokratie von der Entwicklung aus, während alle gegentheiligen Anschauungen anarchistischer seien. Er charakterisirte dann den Attentäter nach dem, was über seine Geburt und Erziehung bekannt geworden und erklärte: Hinter Lucchini steht die Schuld des Vaters, der Gemeinde, des Staates und der Gesellschaft. Die allgemeine, blindwüthige Hege der reaktionären Volksfeinde beleuchtend, sagte Brandt: Die kapitalistische Gesellschaft erklärt sich hankertott, wenn sie die Freiheit des Wortes abschaffen und zu Zuchtthaus und Kaserne ihre Zuflucht nehmen will. Wir aber bauen auf ein Reich der Freiheit und Gerechtigkeit; in dem es weder Unarchie, noch Mord und Raub mehr giebt. Greulich gestellte die italienische Volkswirtschaft und die Freiheit der italienischen Regierungen, wie der italienischen Polizeipolitik in der Schweiz. Auch Seibel und Lang beizustimmen sich in diesem Sinne an der Diskussion, worauf einstimmig nachstehende Resolution angenommen wurde:

Die heutige Versammlung erblickt in der anarchistischen Propaganda der That und so auch in dem ruchlosen Attentat von Seneser die notwendigen Ergebnisse der anarchistischen Produktionsweise der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, speziell der schändlichen politischen und sozialen Zustände Italiens, sowie des infamem Systems der politischen Polizei und des damit verbundenen Spießbüßens und erwartet die Ueberwindung derselben nicht von noch mehr Polizei, sondern einzig und allein vom Siege des Sozialismus.

Sie erklärt sich im Besonderen für die Abschaffung der politischen Polizei in der Schweiz, weil diese, weit entfernt die Attentate zu verhindern, sie vielmehr durch die schändliche Polizeipolitik hervorruft.“

### Majestätsbeleidigungsprozesse.

Vor der Hofener Strafkammer hatte sich Montag der erst fünfjährige Schuhmacherlehrling Kucharski wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten. Der Angeklagte hatte zu einigen Schülern in Bezug auf den Kaiser unehrerbietige Äußerungen gemacht. Das öffentlich verkündete Urtheil lautete auf einen (?) Monat Gefängnis.

Der Töpfergeselle Wilhelm Hilger stand vor der Strafkammer in Görlitz unter der Anklage, in einer öffentlichen Wahlanglegenheit ein unrichtiges Wahlergebnis vorfälschlich herbeigeführt zu haben, außerdem unter der Beschuldigung der Majestätsbeleidigung, sowie der Mißhandlung seines Stiefvaters in zwei Fällen. Der Angeklagte hatte am 24. Juni c. unter dem Namen seines Stiefvaters, des Arbeiters Hoshig, zum Reichstage gewählt. Er selbst durfte nicht wählen, weil ihm die Ehrenrechte aberkannt worden waren. Das Gericht verurtheilte ihn zu einer Gesamtkstrafe von 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung von 1 Monat auf Untersuchungshaft. Man berücksichtigte dabei seine Ange-trunkenheit als Milderungsgrund.

### Neueste Nachrichten.

Bern, 24. September. Nach der Ausweisung von 36 Anarchisten aus der Schweiz hat der Bundesrath noch folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Der Bundesanwalt wird beauftragt, über weitere in der Schweiz sich aufhaltende Ausländer, die an der anarchistischen Propaganda sich betheiligen oder gefährliche Anarchisten sind, dem Bundesrath mit Bescheinigung Bericht und Anträge vorzulegen. 2. Die Kantone werden eingeladen, die Ausländer der in Ziffer 1. umschriebenen Kategorie, sobald sie ihr Gebiet betreten, dem Bundesanwalt nachhaftig zu machen und in Bezug auf dieselben zu berichten. 3. Die Kantone werden des Weiteren eingeladen, das Treiben aller auf ihrem Gebiet sich aufhaltenden Anarchisten genau zu überwachen und dem Bundesrath etwaige Gesetzesverletzungen sofort zur Kenntniß zu bringen, insbesondere diejenigen, die sich auf das Bundesgesetz, betreffend Ergänzung des Bundesstrafrechtes (Verbrechen gegen die öffentliche Sicherheit) beziehen.

Paris, 24. September. Nach der gestrigen Abend Sitzung des Revisionsausschusses versammelten sich die Mitglieder im Justizministerium nochmals zu einer Besprechung; auch heute Vormittag wird eine solche stattfinden. Das Ergebnis der Revisionskommission soll ein günstiges sein. Die offizielle Nachricht über den Auspruch des Ausschusses wird erst heute bekannt gegeben werden. Man sieht in der bisherigen Geheimhaltung der Verhandlungen des Ausschusses eine Vorsichtsmaßregel gegen etwaige Anschläge des Generalstaats.

Brissons Freunde halten vertrauliche Umfragen bei einflussreichen Parlamentariern, wie eine sofortige Einberufung des Parlaments zum Zwecke der dringend nothwendigen Unterstützung der Autorität der Gewalt aufgenommen werden könnte. Man glaubt, die Mehrheit werde die Entscheidung zu Gunsten, sobald die Revisionskommission die Akten an den Kassationshof übergeben habe. Der Ministerrath wird, wenn sich dahin kein erster Zwischenfall ereignet und die Straße ruhig bleibt, in seiner Sitzung am Dienstag den Termin für die Einberufung des Parlaments festsetzen.

London, 24. September. Der Kaiser des Orients von China soll von Li-Hung-Tschang ein großes Geschenk gemacht sein. Die Kaiserin will den Onkel des Prinzen Kang auf der Thron setzen. Auf Anordnung der Kaiserin: Kaiser erließ der Reichshof von Peking den Befehl den eintreffenden Kang sofort zu fassen; es ist dazu eine Belohnung von 2000 Dollars ausgesetzt. Er wird einer Person in China fordern Englands Einbreiten zum Schutz des Kaisers. Die Lage gilt als ernst.



**Öffentl. Schneider- u. Schneiderinnen-Versammlung,**  
 Dienstag, den 27. September, Abends 8 Uhr,  
 im „rothen Löwen“, Kupferschmiedestraße 21.  
 Tages-Ordnung.

1. Vortrag über die Gewerkschafts-Organisation und die neue Buchhausbücherei.
2. Diskussion.
3. Bericht des Delegierten vom Congress u. Verbandstage.
4. Verschiebung.

Zu dieser Versammlung werden die politisch organisierten Kollegen, welche der gewerkschaftlichen Organisation nicht angehören, besonders eingeladen. 8918  
 Zur Deckung der Unkosten wird ein Entree von 10 Pf. erhoben.

**Zum ersten Male in Breslau.**  
**Scandinavischer CIRCUS.**  
 Director und Eigentümer  
**Albert Schumann.**

Hiermit die ergebene Anzeige, daß in kurzer Zeit der **scandinavische Circus**, Director **Albert Schumann**, mit Sonderzug von Hamburg in Breslau eintrifft, um während der Herbst-Saison im **Circus-Renz-Gebäude** auf dem Coulisensplatz Vorstellungen zu geben. Das Personal des Circus besteht aus ca. **250 Personen** 250 darunter **Künstler und Künstlerinnen allerersten Ranges** und aller Nationen.

Die hervorragendste Specialität des scandinavischen Circus ist eine bis jetzt noch von keinem Circus auch nur annähernd irrreichte **Pferde-Dressur** in Freiheit und hoher Schule und ist Director **Albert Schumann** anerkannt als der Einzige, welcher in der Lage ist, nur absolute Original-Creaturen hierzu zu züchten. Der Marfall des scandinavischen Circus, welcher ca. **120 der edelsten Race-Pferde** 120 enthält, ermöglicht eine bis jetzt noch nie dagewesene Abwechslung auf hypnologischem Gebiete. Als weitere Specialität pflegt der scandinavische Circus **Albert Schumann** die Aufführung von großartigen **Fallits und Ausstattungs-Pantomime**.

Das Corps de ballet unter Leitung des Balletmeisters **Herrn H. Reisinger** besteht aus **80 Damen** mit der vorzüglichen Solotänzerin **frl. Bertha Happe**.

Die Größe, welche der scandinavische Circus **Albert Schumann** in den größten Städten des In- und Auslandes, u. a. in **Hamburg, Köln, Amsterdam, Brüssel, Berlin, Frankfurt a. M., Basel, Paris, Wien, Zürich, Prag, Warschau, Stockholm, Dresden, Leipzig, Hannover** etc. als der beste scandinavische Circus der Welt zu verdienen hatte, läßt mich hoffen, daß es mir auch hier gelingen wird, durch meine tüchtigsten Vorstellungen und größte Abwechslung der Programme den Beifall und die Gunst des hochgeehrten Publikums von Breslau und Umgebung zu erlangen.

Ich sehe zahlreichem Besuch entgegen und grüße  
 Geschäftsmänner **Albert Schumann**, 8922  
 Director u. Eigentümer des scandinavischen Circus.

**Stadt-Theater.**  
 Sonnabend:  
 „Lohengrin“  
 Sonntag:  
 „Die Zauberflöte“

**Lobe-Theater.**  
 Sonnabend:  
 „Im weißen Rössl“  
 Sonntag:  
 „Aster vier Augen“  
 Theater:  
 „Stellvertreter“

**Thalia-Theater.**  
 Sonntag:  
 „Des verlorenen Paradies“  
 Der Vorverkauf der Billets findet heute Sonnabend von 10 bis 8 Uhr in dem Glacérestaurant des Herrn Reinhold Ludwig, Ring 10/11 statt.

**Deutsches Theater.**  
 Sonnabend:  
 „Der Götterbesucher“  
 Sonntag, Abends 8 Uhr:  
 „Die Fährleute“  
 „Ein Glühwürmchen“  
 Der Billet-Vorverkauf findet hier in der Glacé-Hausung des Herrn **Frige & Ormick**, Schmiedengasse, Ecke **Julienstraße**, statt und zwar von 10 Uhr Vorm. bis 4 Uhr Nachm. Die Logenplätze sind hier von 11 bis 1 Uhr geöffnet.

**Deutscher Kalender.**  
 Sonnabend den 27. September.  
 General-Verband der Arbeiter aller Gewerkschaften und Gewerkschaften in Breslau.  
 Sonntag den 28. September.  
 General-Verband der Arbeiter aller Gewerkschaften und Gewerkschaften in Breslau.  
 Montag den 29. September.  
 General-Verband der Arbeiter aller Gewerkschaften und Gewerkschaften in Breslau.  
 Dienstag den 30. September.  
 General-Verband der Arbeiter aller Gewerkschaften und Gewerkschaften in Breslau.  
 Mittwoch den 1. October.  
 General-Verband der Arbeiter aller Gewerkschaften und Gewerkschaften in Breslau.  
 Donnerstag den 2. October.  
 General-Verband der Arbeiter aller Gewerkschaften und Gewerkschaften in Breslau.  
 Freitag den 3. October.  
 General-Verband der Arbeiter aller Gewerkschaften und Gewerkschaften in Breslau.

**Arbeiter.**  
 G. Völkel  
 von C. G. Völkel, 1898  
 Friedrich-Wilhelmstr. 20.

**Hohenzollern-Mäntel.**  
 Die Pelermine ist zum Abknöpfen eingerichtet, und erhält der Mantel dadurch die Form eines Lebersiehers.  
 Mit Aermeln und Mufftaschen, ringsherum gehender, weicher Pelermine und doppeltknöpfigem Rückenteil.  
 In Farbe wetterbeständig! Zum Fahren, Reiten und Reisen bei Kälte unersetzlich! Pelzwarm! Unerreicht billig! Praktisch u. gut!  
**Adalbert.** Extra billiger naturgrauer Mantel aus **15** starkem Winterloden einreihig.  
**Zollern.** Olivgrün, oder modebraun imprägnirter Mantel aus **17,50** Excelsiorloden einreihig.  
**Joachim.** Ansergewöhnl. billiger grauer od. forstgrüner Tuchmantel m. warm. Futter einreih. **20,75**  
 Ferner: 3902  
**Hohenzollern-Mäntel**  
 in den verschiedensten Ausführungen zu **24., 30., 36., 44., 63., 66** Mk.  
**Winter-Ueberzieher,**  
 einreihig und zweireihig **54., 45., 37., 33., 30** Mk. und **25** Mk.  
**Sport-Paletots oder Ulster,** hochmodern **59,50, 46., 42., 40., 35** Mk. und **27** Mk.  
 Anzüge, Joppe, Schlafröcke etc.  
**Reichillustrirte Preislisten und Stoffcollectionen** bereitwilligst und kostenfrei.  
**Franco-Versand aller Waaren** im Werthe von **20** Mk. an.  
 Aelteste deutsche Versand- u. Ausstattungs-Häuser  
**Julius Henel**  
 vorm. C. Fuchs,  
 Kaiserl. u. Kgl., Kgl., Kgl.-Prz. u. Fürstl. Hoflieferanten.  
**BRESLAU, Am Rathhause 24-27.**

**Auf Theilzahlung!**  
 Möbel, Spiegel, Polsterwaaren, schöne große Regulatoren, Bilder, Hausgegenstände etc. etc.  
 Jedes Stück kann mit kleinen monatlichen Raten nur **Cassa** gekauft werden und die jede Rückzahlung sofort wird 3917  
**Gebr. Buchmann,**  
 Kleine Holzstraße 7, am Wachsplatz.  
 (Größtes Abzahl-Geschäft d. Nicolai-Vorstadt.)

**Leopold Bermann**  
 \* **Damen-Mäntel-Fabrik**  
 Reuschestr. 55  
 parterre, I. und II. Etage  
 Größte Auswahl aller 3910  
 Neuheiten der Saison zu überraschend billigen Preisen.



3921  
**FrISCHE FISCHE! GUTE FISCHE!**  
 Morgen Montag eine neue Sendung frischer Seefische.  
 Kleine Preise!  
**D. D.-F.-G. „Nordsee“**  
 vorläufig nur Schmiedebrücke 48.

Jahresabgabe u. Reparaturwerkstatt 3901  
**Fritz Heidenreich**  
 Friedrich-Wilhelmstr. 5a.  
**Pfeil, Straßenrenner, 2-Geschäft mit Korb und 12 kg, 225 Mk.**  
 Emaillirung und Vernickelung.  
 Gebrauchte Räder werden in Zahlung genommen.

**Möbel**  
 anerkannt recht und gut gearbeitet, werden zu auffallend billigen Preisen evtl. auch auf Theilzahlung abgegeben.  
 Schlesiendes Möbel-Kaufhaus  
**Heinrich Przytek**  
 Gräbischerstr. Nr. 14.  
 I. Viertel vom Sonnenplatz. 3786

Spazierstöcke, Cigarrenspitzen, Tabakpfeifen etc., reichste Auswahl und billigste.  
 Cigaretten u. Cigarillen, prächt. Qualität, in all. Preislagen. Verjügl. Rauch, aus u. Schungflabak. In Ohlauer Kollabak à Pfd. nur 45 Pfg., bei 5 Pfd. 42 Pfg. Beker Kippentabak à Pfd. nur 20 Pfg. Ohlauer Kollabak à Pfd. nur 60 Pfg. Pa. Stg. à Pfd. 1,00-1,40 Mk. Gold-Stg. à Pfd. 1,60 u. 2,00 Mk.  
**R. Migula, Breslau.**  
 I. Fr. Wilhelmstr. 1a. II. Schmeiderstr. 11. III. Sauerstr. 22. IV. S. Sauerstr. 13.

**Zähne, Plomben** auch Theilzahlung  
**Bruno Wentzky,** 3904  
 20, Altbäckerstr. 20, I.  
 Soeben erschien:  
**Wählen** oder **Nichtwählen.**  
 Ein Wort zur Frage der Theilnahme der Sozialdemokratie an den preussischen Landtagswahlen von Rechtsanwalt **Wolfgang Heine** Reichstagsabgeordneter f. Berlin.  
 Preis 20 Pfg.  
**Johannes Gaulke**  
 Ueber die Grenzen des **Nationalismus** und **Internationalismus.**  
 Preis 20 Pfg.  
 Zu beziehen durch die Expedition und Buchhändler.

**Corsets,** anerkannt vorzüglich, entschieden am allerbilligsten  
**Büstenhalter,** angenehm für Gesunde, unentbehrlich für Kranke, das Stück schon von 5 Mk. an.  
**Tuch-Unterröcke** in allen Farben, sowie **Schürzen** in größter Auswahl 3880 kann, weil Selbstanfertigung, spezialbillig verkaufen.  
**D. Vortun,** Reuschestraße 55.

**Frauenbildungs-Verein**  
 Katharinenstr. 18. [3872]  
**Abend-Unterricht** für Fabrik-, gewerblich. und häusl. Beschäftigten **Knaben.** 20 Lektionen 3 Mk.  
 Beginn Anfang October.  
 Ein Held des Geistes und des Schwertes.  
 Historischer Roman aus den Zeiten des deutschen Kampfbundes von **H. Otto Walster.**  
 20 Bände à 20 Pfg.  
 Zu beziehen durch die Exped. der „Volksmacht“.



## Arbeiterbewegung.

**Gewerbesamstagswahl in Berlin.** Bei der Ersatzwahl der Berliner am Donnerstag sind in den für die Arbeiter in Betracht kommenden 34 Bezirken sämtliche von den Gewerkschaften aufgestellten Kandidaten gewählt worden. Gegenüber den Kandidaten waren nur in vereinzelten Bezirken aufgestellt. In den für die Arbeitgeber in Betracht kommenden 37 Bezirken waren 5 sozialdemokratische Mandate zu beistellen. Diese 5 Mandate sind leider verloren gegangen, dagegen 2 neue gewonnen; in 2 Bezirken hat Stichwahl stattgefunden.

**Der Verband der hiesigen Holzindustriellen** droht den Arbeitern die allgemeine Aussperrung an, wenn nicht die seit Montag bei der Firma Hausel ausständigen 100 Arbeiter sofort den Streik aufgeben.

**Ueber Lohnreduktionen in der Textilindustrie** ist fortgesetzt zu berichten. So wurde vorige Woche in der Weberei von E. Hoff in Chemnitz auf einen Artikel 20 Prozent Lohnreduktion angekündigt. Die Arbeiter begaben sich dreimal auf das Komptoir, konnten jedoch kein anderes Resultat erzielen. Am vergangenen Montag wurde ihnen wieder mitgeteilt, daß die Lohnreduktion eintreten werde und sie sich danach zu richten hätten.

**Der Streik der Steinmetzen** bei der Firma Heintz in Rosdorf dauert unverändert fort. Die Verhandlungen, die das Gewerkschaftsamt einleitete, sind vollständig resultatlos verlaufen.

**In Folge des Bierboikotts** gegen die Mannheimer Brauereien, der als ein Mittel angesehen ist, sind nunmehr auch in Ludwigshafen gegen die Hofbottommision und den Verleger der „Pfälz. Post“ Entschuldigungsverfahren in Höhe von 3000 Mark von den betreffenden Brauereien eingeleitet.

**Schuhmacherstreik.** In Genf befinden sich in einer größeren Fabrik die Schuhmacher im Ausstand. Die Firma versucht in Deutschland Schuhmacher anzuwerben.

**Der Streik der Endapfeker Bildhauer** wurde nach dreitägiger Dauer von den Beteiligten als beendet erklärt, nachdem den Forderungen — achtstündige Arbeitszeit und Minimallohn — größtenteils entsprochen worden ist.

**Die Sattler, Tischler und Kleber in Graz** haben die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit durchgesetzt.

**Die nordböhmischen Bergarbeiter** haben auf ihre den Behörden unterbreiteten Forderungen bisher keine Antwort erhalten. Von einem Streik wird man jedoch absehen und zunächst den schiedsgerichtlichen Ausschuss der Genossenschaft anrufen.

## Aus aller Welt.

**Bei dem Sturm** am Montag, der den Nemeler Fischern so verderblich wurde, sind auch sonst noch in Ostpreußen zahlreiche Unfälle vorgekommen. So sind zwei Fischerboote aus Fischhausen, welche auf dem See ihrem Gewerbe nachgingen, mit je drei Mann Besatzung untergegangen. Man konnte vorläufig nur die Spitzen der Masten aus den Wellen hervorragen sehen. Dem Nemeler Dampfschiff „Zur Sonne“ zu Folge sind während der Sturmstille Montag Nacht an der russischen Küste zwischen Polangen und Libau gegen 120 Fischer ertrunken.

**Er mordet** wurde Donnerstag früh in der Augsburgerstraße zu München die 25jährige Näherin Maria Danner von ihrem Vater, dem Buchdrucker-Maschinenmeister Josef Maier. Maier, der schon am 19. Mai 1888 eine schwere Bluthat verübte, indem er — angeblich wegen unerwidelter Liebe — die Kleidermacherin Anna Segl durch die Revolverkugel tötete, wurde wegen dieses als Todtschlag qualifizierten Verbrechens am 3. Juli 1888 vom Schwurgericht in München zu zehnjähriger Zuchthausstrafe verurteilt und ist erst am 3. Juli 1898 aus dem Zuchthaus entlassen worden. Am Donnerstag veranlaßte er die Danner, in die Wohnung zu kommen, die er mit seiner Mutter und Schwester theilte. Als das Mädchen eintrat, ergriß er ein Küchenmesser und führte in Gegenwart von Mutter und Schwester rasch sechs Messerhiebe gegen die linke Brustseite des Mädchens, von denen einer das Herz und ein anderer die Lunge durchbohrte. Die Danner sank mit einem kurzen Aufschrei zu Boden und war sofort tot. Maier wurde hierauf flüchtig. Ein Bewegrund zur That konnte bisher nicht ermittelt werden.

**Der Ausbruch des Vesuvius** hat Dienstag Nacht eine erschreckende Form angenommen. Der Aschen- und Steinregen ist im Juncus begriffen. Die obere Führerhütte ist zerstört. Vulkanische Bomben fielen auf die obere Station der Seilbahn und rollten bis an den Fuß des großen Kegels nahe der mittleren Station. Die Bediensteten mußten die Station räumen. Jeder Verkehr ist unmöglich. Ausflüge sind sehr gefährlich und fast unmöglich geworden.

**Selbstmord eines Kindes.** Erhängt hat sich in Ruhhausen, Amt Balingen, ein 12jähriger Knabe, angeblich aus Jucht vor einer Straße, die ihm wegen „Schwänzen“ des Religionsunterrichts angebracht war.

**Ein adliger Streichenräuber.** Verhaftet wurde am Montag in der Ortschaft Conalongo auf Sicilien der berühmte Baron Jacopo, der vor einiger Zeit auf der Landstraße einen Frachtfuhrmann anhiel und ihm 800 Lire raubte. Der adlige Bandit war teufelhaft der Schrecken der ganzen Gegend und bei seiner Festnahme bis an die Bahne bewaffnet.

## lokales und Provinziales.

Breslau, den 24. September 1898.

**Diejenigen Parteigenossen,** welche Landtagswähler sind in der Lage sind, als Wahlmänner zu kandidieren, aber ihre Anmeldung dazu an das Wahlkomitee noch nicht gemacht haben, werden hiermit dringende ersucht, das Versäumte nunmehr schleunigst nachzuholen.

**Das Wahlkomitee.**  
J. A.: Julius Bruhs.

## Parteigenossen!

**Die Wahlen zum Landtage** wie zur Stadtverordnetenversammlung sind vor der Thür! Seid daher eingedenk dessen, daß zum Wahlkampf, wenn er ehrenvoll für unsere Partei angesehen soll, Geld, noch mehr Geld, viel Geld erforderlich ist! Keiner vergesse des Wahlfonds!

## Die Frage der Volksschule

Ist eine der so überaus wichtigen Fragen, deren Beantwortung für Preußen dem Landtage zufällt. Das ist ein Grund mehr für die Socialdemokratie, energisch mitzuwirken bei der Neuauflage dieses Gesetzgebungskörpers welche Zustände hier noch herrschen, davon giebt einen Begriff ein Artikel der „Posener Ztg.“ über die Dorfschulen in der Provinz Posen. Es heißt da:

Geschieht hat ein Dorfschullehrer höchstens 80 Kinder täglich zu unterrichten; in der Provinz Posen wird es nicht viel weniger geben, welche dieser Bestimmungen entsprechen. In einige Dörfer heraustragen, sind in der Schule von 200 bis 280 Schüler mit 2 Lehrern, in Splanitz 250 Schüler mit 2 Lehrern, in 170 mit 1, in 120 mit 1, in 150 mit 1, in 160 mit 1, in 100 mit 1, in 140 mit 1.

mit 1 Lehrer. Die Schüler werden in zwei Abteilungen unterrichtet und zwar haben die Kinder im Alter von 6 bis 10 Jahren 2 Stunden, diejenigen im Alter von 11 bis 14 Jahren 3 Stunden täglicher Unterricht, wozu noch 2 Stunden wöchentlich Religionsunterricht hinzukommen. In Starolensa z. B. werden täglich 83 Kinder im Alter von 6 bis 10 Jahren 2 Stunden und 66 Kinder im Alter von 11 bis 14 Jahren 3 Stunden von einem Lehrer unterrichtet. Ein Lehrer, welcher im Stande sein sollte, 83 polnische Kinder, die nicht ein Wort deutsch verstehen, bei täglich zweistündigem Unterricht so weit vorzubereiten, daß dieselben im 1. Lebensjahre, auch nur einigermaßen dem Unterricht in deutscher Sprache folgen können, müßte ein ganz besonders befähigter Pädagoge sein; bei der großen Anzahl der Kinder kann es vorkommen, daß in zwei Monaten an ein Kind nicht eine Frage gerichtet wird. Wie ist es möglich, daß ein Lehrer die schriftlichen Arbeiten von 150 Kindern täglich drauffichtigen oder nachsehen kann? Das Resultat besteht darin, daß vielleicht 20 Kinder aus der großen Anzahl, welche besonders begabt sind und auch den Trich haben, etwas zu lernen, von der Schule Nutzen ziehen, während der Rest kaum lesen und schreiben kann. Daher kommt es, daß unsere ländlichen Arbeiter vor ihrer Miltärszeit trotz des deutschen Unterrichts in der Schule der deutschen Sprache nicht mächtig sind; eine ländliche Arbeiterin, welche deutsch spricht, ist eine Seltenheit. Will die Regierung germanisierend wirken, so muß sie für die genügende Anzahl von Schulen und Lehrern sorgen.

**Ein Erholungskurs für Fabrikarbeiterinnen** soll in Schreiberhau errichtet werden. Das ist zweifellos ein ganz bedürftiges Proletariat in sehr großer Zahl. Nach einer Zeitungsmitteilung sind bis jetzt von Freunden dieser Sache aus Schlesien und der Lausitz rund 5300 Mark für diesen Zweck zusammengebracht worden. Das bedeutet freilich noch nicht einmal einen Tropfen auf einen heißen Stein. Wie reichlich fließen doch da die Beiträge für andere Zwecke, z. B. für das Bismarckdenkmal. Der Schatzmeister des Komitees war schon wenige Tage nach Eröffnung der Sammlung in der Lage, über 28,984 90 Mk. quittieren zu können. Für das Standbild des Nationalheros, der die Interessen der Kapitalisten so vorzüglich zu führen verstand, legen sich natürlich die Vertreter dieser Klasse mächtig ins Zeug. Die Liste weist Beiträge in Höhe von 10,000, 3000, 2000, 1000, 500 Mk. u. auf. Das „garbi“ freilich. Würde das Bismarckdenkmal der Wohlthätigkeit ebenso reichlich fließen, dann könnte auf diesem Gebiete Ersparrungen geleistet werden.

**Das Vorgehen der hiesigen Polizei gegen die Wahlplakate,** sowie die in Aussicht genommene Bekämpfung der Zeitsticker hat in der gestrigen Schöffengerichtssitzung eine ganz vernünftige Beurteilung gefunden. Wie vielen unserer Leser bekannt sein dürfte, sind diese Plakate schon seit Jahrzehnten von den Zeitsticker einiger Parteien bei der Reichstagswahl getragen worden, ohne daß irgend welche Schritte dagegen unternommen worden wären. Erst jetzt hat die Polizei die Entschloßung gemacht, daß durch die Aufstellung der Plakate eine strafbare Handlung verübt wird. Treffend heißt es daher in dem Schöffengerichtsurteil, daß die Polizei, wenn sie so lange etwas durchgehen lasse, wie das öffentliche Ausstellen solcher Plakate bei Wahlen, ihr gutes Recht verliere, die Sache später zu verfolgen, und daß die Angeklagten schuldig seien, weil sie nach der früheren regelmäßigen Duldung dieser Plakate ihre Handlungsweise nicht für strafbar hätten halten können. Vermuthlich wird die Staatsanwaltschaft gegen dieses Urteil Berufung einlegen und es ist immerhin zweifelhaft, ob die Strafammer die Freisprechung bewilligen wird. Von den Zeitsticker unserer Partei haben 7 das Strafmandat bezahlt, da ja selbst der günstige Ausgang einer gerichtlichen Entscheidung einen materiellen Verlust durch Arbeitsverweigerung für die Angeklagten im Gefolge hat, der ihnen leider durch Gerichtsbruch nicht erlöst wird. Erwähnenswert ist noch, daß diesmal doch beinahe ein Zeitsticker der konservativen Partei zur Verantwortung gezogen worden wäre. Der Herr hatte es vorgezogen, wie der Staatsanwalt in der gestrigen Verhandlung erklärte, bei der Konstellation der Wahlplakate zu flüchten (!) und somit konnten seine Personalien nicht festgestellt werden.

**Ausfall des Schulunterrichts.** Hiesige Blätter melden: Aus Anlaß der Anwesenheit der Kaiserin und Königin Friedrich und der stattfindenden Vermählungsfeierlichkeiten fällt auf Anordnung der Behörde Sonnabend, den 24. d. Mis., der Unterricht in sämtlichen Schulen der Stadt aus. — Nach einer Meldung der Berliner „Volkzeitung“ ist der Unterrichtsausfall auf einen Befehl des Kaisers zurückzuführen. Die Mittheilung von dem Ausfall des Unterrichts scheint übrigens gerade in den Kreisen sehr mangelhaft erfolgt zu sein, für welche sie zunächst bestimmt war, denn Tausende von Volksschülern sah man heute wie gewöhnlich — natürlich zwecks — zur Schule eilen.

**Die Akademie der Humboldt-Universität** eröffnet, wie uns vom Vorstand derselben mitgeteilt wird, am 18. Oktober ihr Wintersemester. Im ersten Vierteljahre werden folgende Cyklen und Unterrichtskurse stattfinden:

1. Professor Dr. Ahrens: „Die chemische Industrie Schlesiens und ihre Bedeutung für den Nationalwohlstand Preußens und des deutschen Reiches“. 9 Vorträge. Donnerstag Abends 8—9 Uhr im Auditorium maximum. Beginn: 20. Oktober.
2. Professor Dr. Franz: „Schilderung des Weltgebäudes“. 9 Vorträge. Montag Abends 8—9 Uhr im Auditorium maximum. Beginn: 21. Oktober.
3. Privatdozent Dr. Groenow: „Hygiene des Auges“. 8 Vorträge mit Demonstrationen. Freitags 7 $\frac{1}{2}$ —8 $\frac{1}{2}$  Uhr im Auditorium I. Beginn: 21. Oktober.
4. Privatdozent Dr. Jürgens: „Anleitung zur Erlernung der dänisch-norwegischen Sprache und erste Lektüre“ (Erklärung eines Dramas von Jørgen). Unterrichtskursus in 10 Stunden. Dienstags Abends 7—8 Uhr im Auditorium maximum. Beginn: 18. Oktober.
5. Professor Dr. Kaufmann: „Deutscher Reichsgerichtsentscheidungen seit Maria Theresia“. 6 Vorträge. Dienstags Abends 8 bis 9 Uhr im Auditorium maximum. Beginn: 18. Oktober.
6. Professor Kleinlüber: „Moderne Gewinnung und Verarbeitung des Eisens“. 10 Vorträge. Mittwochs Abends 8—9 Uhr im Auditorium maximum. Beginn: 20. Oktober.
7. Professor Dr. Max Koch: „Geschichte der Einwirkung Shakespeares in Deutschland“. 7 Vorträge. Abends 7—8 Uhr im Auditorium maximum. Beginn: 27. Oktober.
8. Rektor Dr. Fugge, R. A.: „Seltene und Erklärung von Hamlet“. Unterrichtskursus von 10 Stunden. Dienstags Abends 8—9 Uhr im Auditorium maximum. Beginn: 1. November.
9. Dr. med. Riesenfeld: „Unterrichtskursus von 10 Stunden in der praktischen Photographie“ im Auditorium maximum. Sonnabends Abends 7—8 Uhr. Beginn: 22. Oktober.
10. Professor Dr. Schulte: „Napoleon I.“ 10 Vorträge. Mittwochs Abends 7—8 Uhr im Auditorium maximum. Beginn: 19. Oktober.
11. Privatdozent Dr. R. William Stern: „Philosophische Weltanschauungen des 19. Jahrhunderts“. 9 Vorträge. Montags Abends 7—8 Uhr im Auditorium maximum. Beginn: 29. Oktober.
12. Professor Dr. Wolf: „Aus der Geschichte der Wirtschaft und Börsenrisiko“. 7 Vorträge. Freitags Abends 7 $\frac{1}{2}$ —8 $\frac{1}{2}$  Uhr im Auditorium maximum. Beginn: 21. Oktober.
13. Professor Dr. Zander: „Uebersicht über die Geschichte der griechischen und römischen Pädagogik und

Erklärung der Gypsabgüsse des Provinzialmuseums“. 8 Vorträge im Gypsabgüßsaal des Museums. Montags Mittags 12—1 Uhr. Beginn: 24. Oktober.

Die Bedingungen für die Theilnahme an diesen Vorträgen sind dieselben wie im vorigen Winter. Mitglieder des Humboldt-Vereins zahlen für je einen der vorstehend bezeichneten Cyklen und Kurse 3 Mark, außerdem für jeden theilnehmenden Angehörigen ihres Hausstandes 1 Mark. Nichtmitglieder zahlen für den Cyklus oder Kursus 5 Mark, für jeden theilnehmenden Angehörigen ihres Hausstandes 2 Mark. Nur für den Cyklus des Herrn Professor Dr. Zander und für den Kursus des Herrn Dr. med. Riesenfeld sind mit Rücksicht auf die dem Verein erwachsenden größeren Kosten und die notwendige Beschränkung der Hörerzahl von jedem Teilnehmer 6 Mark zu zahlen. Hierbei werden die zuerst sich meldenden Mitglieder in erster Reihe berücksichtigt. Die Einzeichnung der Teilnehmer und die spätere Ausgabe der Karten hat in der Buchhandlung von Preuß und Jünger, Schmiedebrücke 29a bis spätestens 15. Oktober cr. zu erfolgen. Dort sind auch ausserhörtliche Prospekte zu haben, die eine genaue Einteilung der Cyklen auf die einzelnen Vorträge enthalten. Der Verein behält sich vor, minder Bemittelten auf deren Antrag, soweit Plätze noch frei sind, Eintrittskarten zu ermäßigten Preisen zu gewähren.

**Ist der Sommerüberzieher ein unentbehrliches Kleidungsstück?** Bezüglich des Winterüberziehers war die Rechtsprechung in zahlreichen Fällen darüber einig geworden, daß derselbe in unserem Klima als ein der Pfandung entzogenes unentbehrliches Kleidungsstück angesehen sei. — Nicht dasselbe Maß der Werthschätzung wird dem Sommerüberzieher zu Theil, wie ein Beschluß der neunten Civilkammer des Landgerichts I zu Berlin beweist. Ein Schuldner hatte nämlich die Freigabe des bei ihm gepfändeten Sommerüberziehers beantragt, wurde damit aber sowohl vom Amts- wie vom Landgericht abgewiesen. Letzteres führte aus: Der Vorberichter nimmt mit Recht an, daß ein Sommerüberzieher an sich als ein unentbehrliches Kleidungsstück nicht angesehen ist. Es ist deshalb auch unerheblich, ob der Schuldner sich an dieses Kleidungsstück gewöhnt hat, und es kommt bei der Prüfung der Entbehrlichkeit eines Kleidungsstückes auch nicht darauf an, welchem Stande der Schuldner angehört oder welchen Beruf oder welches Gewerbe er ausübt. Die Pfandung des Sommerüberziehers ist daher mit Recht erfolgt.

**Warnung für Wagenführer.** In letzter Zeit ist wiederholt Klage geführt worden, daß arge Belästigungen und schlimme Gefährdungen durch das übermäßig schnelle Fahren der Fleischfuhrwerke veranlaßt worden sind. Diese Beschwerden haben sich nach den amtlichen Beobachtungen als begründet erwiesen. Es ist sogar vorgekommen, daß ein Wagenführer, der auf der Albrechtsstraße gegen einen in schnellster Fahrt dahin jagenden Wagenführer einschreiten wollte, von diesem einfach über den Haufen gefahren worden ist. Die Zeitungsbeamten haben nunmehr, wie es heißt, Anweisung erhalten, die strengste Kontrolle in Bezug auf die Innehaltung der einschlägigen Vorschriften der Straßenordnung zu üben und remittente Wagenführer sofort zu verhaften. Den Fuhrwerksbesitzern ist also zu empfehlen, ihre Leute streng anzuwiesen, daß sie auf den Straßen in gemäßigtem Tempo fahren, widrigenfalls den Wagenführern große Unannehmlichkeiten in Aussicht stehen.

**Fünfzig Jahre** sind es in diesem Jahre her, daß durch Königl. preussischen Erlass angeordnet wurde, Soldaten mit „Sie“ anzureden. Leider wird dieser Erlass auch heute noch oft genug nicht befolgt. Nicht als ob wir an dem familiären „Du“ Anstoß nähmen, wenn aber das „Du“ in Gesellschaft noch anderer wenig lebenswürdiger Ausdrücke erfolgt, ist es nicht geeignet, das Ehrgefühl, das ja beim Soldatenstande ganz hervorragend gepflegt werden soll, zu verletzen.

**Unterfischung.** Am 22. d. M., Vormittags, beauftragte ein Kohlenhändler vom Karlsplatz einen ihm fremden Mann, drei Tonnen Kohlen in einem Handwagen nach der Gartenstraße zu fahren und gleichzeitig 8.70 Mark dafür in Empfang zu nehmen. Der Mann hat das Geld erhalten, ist aber damit nicht zurückgekehrt. Der Handwagen wurde von ihm auf dem Sonnenplatz stehen gelassen.

**Ertrunken.** Am 22. d. M., Morgens gegen 6 Uhr wurde der 23 Jahre alte Bootsmann Nagel, der sich auf einem der im Unterwasser in der Nähe der Einfahrt in den Umgehungs-Kanal vor Anker liegenden Rahn befand, vom linken Oberufer aus durch einen anderen Bootsmann angerufen und zum Ueberborden veranlaßt. Nagel ließ sich alsbald den Anhängelahn, fuhr ans Ufer und nahm den Rufenden an. Als sie wieder in die Nähe des Schiffes gelangt waren, wurde Nagel anscheinend von einem Krämpfanfall getroffen, denn er schlug plötzlich mit den Händen um sich und stürzte dann über Bord. Der andere Bootsmann sprang ihm sofort nach, jedoch konnte er nur die Wäsche erfassen, der Körper sank unter. Die Leiche ist noch nicht gefunden worden.

**Nach dem Polizeibericht.** In das Polizeigefängnis wurden am 22. d. M. 24 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein Portemonnaie mit Inhalt, zwei silberne Damenuhren, eine Geldtasche mit Inhalt und ein neuer Kinderstuhl. — Verloren wurden: ein Portemonnaie mit 97 Mark Inhalt, ein Fünftausendschein, ein goldenes Armband mit einer Perle und einem Saphir, ein vierblättriges Kleeblatt in Silberfassung, eine schwarz gebirte Damenemontur mit kurzer goldener Kette und einem Medaillon, ein Kistchen mit einer Uhrblaupe, ein Padet mit einem Herrenanzug und eine Kravatte mit einer Nadel.

## Die Liegnitzer Straßen-Krawalle vor der Strafammer.

Liegnitz, 23. September.

Im Schwurgerichtssaal des Landgerichts begannen heute unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hauke die Verhandlungen gegen 33 von den wegen Theilnehmung an den Liegnitzer Straßenkrawallen Angeklagten; acht weitere Angeklagte werden sich bekanntlich vor dem am 10. Oktober hier selbst zusammentretenden Schwurgericht zu verantworten haben; einzelne von diesen sind aber in dem gegenwärtigen Prozeß als Zeugen geladen.

Wir lassen den Sachverhalt, welcher beiden Krawallen zu Grunde gelegt ist, und wie ihn die „Bresl. Ztg.“ kurz schildert, nochmals folgen:

Am Abend des 18. Juni d. J. etwa 9 Uhr hatte der Bildhauer Pömer, welcher in der Breslauerstraße Nr. 21 hierseits eine Bildhauerlei betreibt, sein Dienstmädchen Bertha Schmidt in das Gasthaus zur Stadt Hamburg geschickt, um ein Glas Bier zu holen. Da das Mädchen so lange ausblieb, trat Löwe vor die Hausthür und bemerkte es in lebhaftem Unterhalt mit einem Soldaten auf der Straße stehen. Löwe, ein jähriger Mann, stieg sofort auf die Schwelle zu, sagte ihren Arm und führte sie unter Beschimpfungen, wie f... , Sch... u. s. w., sowie unter Fortwärtung, daß sie so lange ausgeblieben sei, in das Haus. Hier angekommen, gab er ihr einige Stöße in den Rücken, nachher Frau Löwe die noch der Straße führende Thür des Hofplatzes abgeschlossen hatte. In Folge dieser Mißhandlung erhob die Schmidt ein fürchterliches Geschrei, auf welches hin sich Menschen vor dem Ueberdies Hause sammelten, welche sofort für das Mädchen Partei nahmen und denselben von der Straße her zurück, sie solle das Haus verlassen. Unter diesen that sich besonders der Kaufherr Jüttner hervor. Obgleich die Schmidt nach der Heile das Haus verließ, um in Begleitung des Jüttner zur Polizei zu gehen, vergaß sie sich doch der Warnung vor dem Ueberdies Hause, nahm immer noch den Weg zum Hofplatz, beschimpfte den Löwe und begann, das Haus mit Steinen zu bewerfen. Die Polizei gestrenge die Menge und stellte die Ruhe und Ordnung wieder her. Am folgenden Tage Sonntag, den 19. Juni, erregte sich Abends der Volkswacht, der damals



